pfw
Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

www.dfw-dachverband.de

Für Säkularisierung und Gewissensfreiheit in Europa –

die IHEU-Tagung „Pour la laicité en Europe!“

Die umfangreichen Diskussionen um die Verfassung Europas – wie der Europäischen Vereinigung überhaupt – beschäftigen natürlich auch die europäischen freigeistigen, freidenkerischen und humanistischen Vereinigungen. Die französische Freidenkerorganisation „La Libre Pensée“ und die britische „National Secular Society“ haben mit der Internationalen Humanistischen und Ethischen Union (IHEU) zu einer großen Konferenz am 6. Dezember 2003 nach Paris eingeladen. Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) war neben Vertreterinnen und Vertretern aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Slowakei, Norwegen, Luxemburg, Belgien, Italien und Spanien ebenfalls vertreten. Es waren über 400 Teilnehmer anwesend.

In die Gesamtdiskussion um eine laizistische EU-Verfassung bettet sich auch die Verfassungsfrage nach dem Verhältnis des Staates zu den Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften ein. Die freigeistigen und humanistischen DFW-Verbände in Deutschland unterstützen die Religions- und Gewissensfreiheit, die die Trennung von Staat und Kirche voraussetzt. Es bleibt vor allem auch mit Blick auf den Einigungsprozess in Deutschland und in Europa die Forderung, die Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit mittels eines konsequent toleranten und gleichstellenden Umgangs mit allen (nichtextremistischen) Welt- und Lebensauffassungen durchzusetzen.

Die Werte und ethischen Grundlagen unseres Zusammenlebens in Europa können nicht allein aus christlicher Sicht abgeleitet werden. Einen wie auch immer formulierten Bezug in der Präambel oder an anderer Stelle der Verfassung zu einem Gott oder vorrangig zu einer christlich-abendländischen Tradition Europas lehnt der DFW ab. Dieser Bezug wäre sowohl historisch nicht gerechtfertigt als auch weltanschaulich diskriminierend. Mit einer gewissen Arroganz gibt es immer wieder Auffassungen, dass nur die christliche Religion Ethik und Moral habe. Atheistische und andere nichtreligiöse Weltanschauungen würden ohne Werte und ethische Normen sein. DFW-Präsident Dr. Volker Mueller betonte in seiner Ansprache: „Diese Auffassungen gefährden den gesellschaftlichen Konsens, die religiöse bzw. weltanschauliche Lebensauffassung jedes Menschen zu tolerieren und durch den Staat die Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle gleichermaßen gesichert zu wissen.“

In dem Artikel 51 der EU-Verfassung sind nicht akzeptable Sonderbedingungen für religiöse Gemeinschaften aufgenommen worden. Mit ihm würden bestehende Diskriminierungen von religiösen Minderheiten und insbesondere der großen Bevölkerungsgruppe der Konfessionsfreien durch die Europäische Union akzeptiert. Dieser Artikel blockiert die weitere Entwicklung hin zu einer säkularen und multikulturellen Gesellschaft und zu weltanschaulich neutralen

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.

DFW

pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

pfw
Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

europäischen Institutionen. Die Anerkennung der privilegierten Stellung beispielsweise der Römisch-katholischen Kirche wäre die Akzeptanz einer dezidiert undemokratischen Institution in einer Europäischen Verfassung. Kirchliche Sonderrechte, wie in Artikel 51 vorgesehen, sind diskriminierend. Wenn es beispielsweise um Fragen von Bildung und Moral, Schwangerschaftsabbruch und Frauenrechten, Ehescheidung, Familie, humanem Sterben, sexueller Orientierung oder biomedizinischer Forschung geht, dürfen den Kirchen in der Europäischen Union keine speziellen Einflussmöglichkeiten eingeräumt werden. Die Trennung von Staat und Kirche hat sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu beziehen.

Der DFW-Präsident forderte für den DFW die weltanschauliche Neutralität der Europäischen Union, die volle Durchsetzung der Gewissensfreiheit und ein striktes Verbot der Diskriminierung nichtchristlicher und atheistischer Lebensanschauungen im Europa des 21. Jahrhunderts. „Die Weiterentwicklung des europäischen Gedankens und der Wertegemeinschaft des sich vereinigenden Europas wird von uns ebenso unterstützt wie die schrittweise Erweiterung der Europäischen Union und der verfassungsrechtlich verbindlichen Grund- und Menschenrechte. Wir fordern daher bei der Gestaltung der Europäischen Verfassung, die Neutralität in allen Religions- und Weltanschauungsfragen zu wahren sowie die Freiheitsrechte jedes Menschen strikt zu sichern."

Die EU ist eine säkulare internationale Organisation.

Europäische Verfassung – ein Fehlschlag?

Parallel zur Außenminister-Konferenz in Neapel fand in Rom am 29./30.11.2003 eine Veranstaltung der Europäischen Humanistischen Föderation (EHF) zusammen mit der Vereinigung der Italienischen Agnostiker statt, die im September 2003 mit den Transparenten „No Taliban – No Vatican" gegen den Gottesbezug in einer demokratisch legitimierten EU-Verfassung demonstriert hatten.

Belgien scheint das einzige Land innerhalb der EU zu sein, dessen Regierung die Position der EHF übernommen hat, Artikel 51 der EU-Verfassung ersatzlos zu streichen. Die Belgische Regierung vertritt nun die Position, dass Artikel 46 völlig ausreichend ist, um die Belange der Kirchen genauso wie aller anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen zu berücksichtigen. Unter der Überschrift „Grundsatz der Partizipativen Demokratie" wird dort in Satz 2 geregelt: „Die Organe der Union pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft."

Mit Artikel 51 wollen die Kirchen einen Sonderstatus zementieren, um im Vorwege zur Gesetzgebung der EU Einfluss zu nehmen z. B. auf die Familienplanung, Stammzellen-Forschung, Abtreibung, gleichgeschlechtliche Partnerschaft, ähnlich wie bei den Vereinten Nationen. Diese Vermischung von individuellen Rechten mit den Regelungen einer demokratisch legitimierten Verfassung führt zu Konflikten im gesellschaftlichen Leben, die offensichtlich von den Kirchen angestrebt werden, um dann ihre Lösungsvorschläge einzubringen.

Für uns alle verbindend sind aber nicht eine Religionen oder Ideologien, sondern Handlungsrichtlinien, die auf Universalität, Einheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Toleranz und Freiheit der Menschen aufbauen. Deshalb sind Religionen und Bezüge auf Gott in der Verfassung fehl am Platze. Dies war die einhellige Meinung, die sich wie ein roter Faden durch die ganze Tagung zog. Interessant war auch die Position der politischen Repräsentanten, wie der stellvertretenden Bürgermeisterin Roms, die diese Position unterstützte.

Die Position der deutschen Politiker bleibt zwiespältig! Da die CDU/CSU-Opposition die Verfassung nochmals aufschnüren will, um den Gottesbezug zu verankern, ist aus Regierungskreisen zu hören, dass dies nicht in Frage kommt. D. h. im Klartext, die Präambel bleibt unverändert, wir müssen aber die Kröte mit dem Artikel 51 schlucken. In diesem Zusammenhang kommt nun aber unsere DFW-Initiative zum Tragen, die „Richtlinie des Rates zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen

DFW

pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

pfw
Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Herkunft“ in nationales Recht umzusetzen. Hierzu liegt uns ein Brief aus dem Bundeskanzleramt vor, der den entsprechenden Gesetzentwurf für Januar 2004 ankündigt.
Da viele europäische Regierungen offensichtlich der italienischen Ratspräsidentschaft unter Berlusconi nicht den historischen Triumph einer Verabschiedung der Europäischen Verfassung zukommen lassen wollen, ist nur zu hoffen, dass die deutsche Initiative aus dem Familienministerium noch rechtzeitig kommt und den Artikel 51 einschränkt. Mit der ungeänderten Präambel und einem eingeschränkten Artikel 51 ließe sich vielleicht doch leben. Außerdem wurde von Georges Liénard ein Video vorgestellt, das auch in deutscher Fassung bis zum Seminar in Schney vorliegen soll. Es trägt den Titel „2500 Jahre und mehr – Freies Denken in Europa“.

Horst Prem
(DFW-Vizepräsident)

„Es sind noch so manche Hohmanns in Deutschland“

Entschieden wendet sich der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V. gegen die skandalösen und lügenhaften Aussagen Hohmanns, dass der Antisemitismus durch die „Gottlosen“ in die Welt gekommen sei und sie für Not und Kriege verantwortlich seien. Lange vor dieser Zeit schürten gerade konservative Christen wie Hohmann den Hass gegen Juden und alle anderen, die die christliche Lehre nicht als ihre Konfession anerkennen wollten. In seiner diesjährigen Rede zum Nationalfeiertag unserer Republik wird hier durch Hohmann diskriminiert und auseinanderdividiert, anstatt geeint und demokratisch gewirkt. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der Reaktionen auf die Strafanzeigen gegen Herrn Hohmann z. B. auch durch freigeistig-humanistische Vereinigungen sehen wir noch manche, die wie Hohmann denken oder wirken, unter uns.

Der DFW mit seinen neun Mitgliedsorganisationen – als Interessenvertreter der über 30 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die an kein höheres Wesen glauben und sich als freigeistig, freireligiös, atheistisch, agnostisch, unitarisch, freidenkend und humanistisch verstehen – verurteilt die sittenwidrigen, die antisemitischen und Nichtgläubige diskriminierenden Aussagen Hohmanns auch im Namen dieser kirchen- und konfessionsfreien Menschen. Sie sind nicht schlechter oder besser als andere Menschen, egal ob sie Juden, Christen, Muslime, Hindus, Buddhisten oder anders Denkende sind.

Wir betrachten die Entwicklung in unserer föderalen Demokratie mit großer Sorge, die in unsäglicher Weise von rechtspopulistischen Politikern und Volksverhetzern der braunen Denkungsart beeinflusst wird. Wir wollen endlich die Weiterentwicklung des Rechtsbewusstseins akzeptieren, das die Menschenrechtsverletzungen als individuelle Straftaten wertet und nicht als die eines „Tätervolkes“, das es gar nicht gibt. Diese Weiterentwicklung im Rechtsbewusstsein scheint bei den „Hohmännern“ noch nicht angekommen zu sein. Deshalb war die CDU/CSU gut beraten, sich von Herrn Hohmann zu trennen.

Hohmanns Rede zum 3. Oktober ist ein breit angelegter Angriff und eine Diffamierung aller religionskritischen und nichtchristlich orientierten Menschen. Auf unverschämte Weise legt er dort den „Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien“ das blutige 20. Jahrhundert zu Last. Historisch unwahr, religiös fundamentalistisch, unmoralisch und unsittlich mit dem Blick auf die vielen auch konfessionsfreien Nazi-Opfer, rechtlich diskriminierend und politisch diffamierend und undemokratisch sind Wort und Geist Hohmanns. Wir begegnen ihnen mit Abscheu und bekämpfen sie entschieden.

Volker Mueller

DFW

pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.
Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

pfw
Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Stellungnahme des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands zur Rede des Bundestagsabgeordneten Hohmann am 3. Oktober 2003

Der BFGD – Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands – verwahrt sich gegen die Diffamierung freireligiöser und konfessionsloser Menschen und deren humanistisch begründeter Ethik durch den Politiker Hohmann in seiner Ansprache zum Nationalfeiertag.

Die Rede des Bundestagsabgeordneten Hohmann ist nicht nur Ausdruck eines latenten Antisemitismus, sondern ein breit gefasster Angriff, eine Diffamierung aller religionskritischen, nichtchristlich orientierten Menschen.

Ihnen nämlich legt Hohmann die Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts zur Last. Dieser wesentliche Aspekt blieb in der bisherigen öffentlichen Diskussion weitgehend unerwähnt. Hohmann sagte: „Daher sind weder 'die Deutschen' noch 'die Juden' ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts."

Freie Religion, die ihren Glauben heute ohne einen Bezug auf Gott, zumal einen Schöpfergott formuliert, muss sich durch die Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Hohmann zutiefst gekränkt und marginalisiert vorkommen. Das kann aber nicht das Ziel einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Geschichte sein, wie sie an einem Nationalfeiertag durchaus angebracht erscheint. Unsere Auseinandersetzung mit Geschichte und die Schlussfolgerungen für die aktuelle Politik müssen auf Integration setzen, nicht auf Ausgrenzung, auf sachliche Bewertung, nicht auf ideologisch begründete Diffamierung. Wir brauchen eine Kultur der Offenheit und Unvoreingenommenheit gegenüber Andersdenkenden und Andersglaubenden, nicht der Intoleranz, Verunglimpfung und Aufhetzung.

Gerade für unsere Politiker, die gesellschaftliche Vorbildfunktion haben, sollte es selbstverständlich sein, Achtung vor dem Glauben oder Nichtglauben des anderen zu haben, weil Glaube immer eine persönliche Angelegenheit ist und nie als absolut gesetzt werden kann.

Nicht pauschalisierende Anschuldigungen, sondern sachliche Auseinandersetzung und geschichtliche Aufarbeitung sind die Voraussetzungen, politische Entwicklungen und historische Dimensionen aufzuklären.

Dem andersglaubenden oder dem nichtgläubigen Menschen dabei von vornherein jede Moral und Ethik und damit jede Fähigkeit zu ethischem Handeln abzusprechen, wie dies Hohmann getan hat, ist daher nicht nur beleidigend, missachtend und ungeheuerlich, sondern gesellschaftliche brandschatzend und gefährlich, weil es genau die verleumderischen Strukturen und Denkschemata aufgreift und bedient, die die Verbrechen des 20. Jahrhunderts erst möglich gemacht haben. Daher wird der BFGD mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln solchen Äußerungen immer widersprechen. Für uns Freireligiöse trägt jeder Mensch, unabhängig von seinem Glauben, unabänderlich das Gesetz der Moral in sich: sein Gewissen.

Sorgen wir dafür, dass jeder diese moralische Instanz in sich entdecken, wach halten und ihr gemäß sein Handeln in der Welt ausrichten kann, mit oder ohne Gott.

Rainer Schrauth
(BFGD-Präsident)

DFW

pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.
Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

pfw
Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

BFGD-Bundesversammlung am 18. Oktober 2003 in Mannheim

Die in zweijährigem Turnus stattfindende Bundesversammlung des BFGD (Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands) wurde in diesem Jahr vom Tag der Freien Religion umrahmt. Als Austragungsort war Mannheim gewählt worden. Am Vortag war das Präsidium zum Empfang im Rathaus von Bürgermeister Dr. Kurz eingeladen worden.

Zwei zentrale Punkte standen auf der Tagesordnung:

1. Zum Präsidenten des Bundes wurde Rainer Schrauth aus Mannheim gewählt, der zugleich Vorsitzender der Freireligiösen Landesgemeinde Baden ist. Stellvertreter ist Siegward Dittmann, Präsident der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz. Des Weiteren wurden die Mitglieder des Präsidiums gewählt, wie auch die Schatzmeisterin, Ingeborg Laszlo aus Mannheim.

2. das gemischte Spektrum im BFGD, das von freigeistigen bis zu freireligiösen Mitgliedern reicht, spiegelte sich in den Diskussionen wider. Probleme liegen in den unterschiedlichen Interressen, die wiederum aus den andersgearteten Strukturen der Gemeinschaften resultieren. Ein wichtiges Anliegen aller ist das gemeinsame Eintreten für Toleranz und Geistesfreiheit sowie für die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit.

Diskutiert wurden die Möglichkeiten, gemeinsame Stellungnahmen trotz der Verschiedenartigkeit zu veröffentlichen, wie Kriegsgefahr, Menschenrechte und Perspektiven des Lebens. Diskutiert wurde ebenso die Frage wie die Einbindung des BFGD in den DFW (Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften) aussehen soll. Ein Antrag der Frei-religiösen Gemeinschaft Offenbach, aus dem DFW auszutreten, wurde abgelehnt.

3. Ziele bzw. Absichtserklärungen der Versammlung, sofern sie interne Verhältnisse betreffen, standen am Ende der Tagung:

Koordination der Jugendarbeit der Mitgliedsgemeinschaften durch Fachkräfte.

Die Zusammenarbeit mit dem DFW soll verstärkt werden, wie auch mit anderen Gemeinschaften, der Informationsfluss soll beschleunigt werden. Die Zusammenarbeit von Mitgliedsgemeinschaften wie auch mit ehemaligen Mitgliedsgemeinschaften wird intensiviert.

Rainer Schrauth, BFGD-Präsident

Wie sich die Bilder leider nicht gleichen!

In der Brockhaus Enzyklopädie Band 18 Seite 444 steht zu lesen: „Charles Maurice Talleyrand, Bischof von Autun, schloss sich 1789 der Nationalversammlung an. Er beantragte die Einbeziehung der Kirchengüter zur Tilgung der Staatsschulden und leistete 1791 den Eid auf die Zivilkonstitution des Klerus; daraufhin belegte ihn der Papst mit dem Kirchenbann. Kurz vor seinem Tod söhnte er sich mit der Katholischen Kirche aus.“

Ich bin nicht so weltfremd zu glauben, ein deutscher Bischof könnte so patriotisch sein seinem Vaterland zu helfen die Staatsverschuldung (die vorwiegend durch die glückliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes entstanden ist) zu verringern. Die Teilung in Ost- und Westdeutschland war das Ergebnis des von Hitler angezettelten und verlorenen Krieges. Also ist es die moralische Pflicht aller Bürger in unserem Land die aufgelaufenen Kosten zu tragen. Die deutsche Bischofskonferenz war bis heute in betroffen machender Weise still.

Mit ihren Aufrufen „Brot für die Welt“ oder „Sternsinger für Kinder in Chile“ kommt die Kirche ihrem selbstge-

DFW

pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.
Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

pfw
Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

stelltem Auftrag zur Nächstenliebe nach! Man fragt sich, warum kommt man nicht auf die Idee einen Aufruf „EURO für das Heimatland“ zu machen? oder die Kirche verzichtet – zeitlich begrenzt – auf vom Staat immer noch zu bezahlende Millionenbeträge von Euro aus den erlittenen „Schäden“ wegen der 1803 (!) stattgefundenen Säkularisation, die von den Bischöfen und vom im Land herrschenden Adel betrieben wurde und nicht von den Bauern und den sonstigen „kleinen Leuten“!

Die Bundesregierung, alle Landesparlamente und Vertreter der Gemeinden mühen sich redlich eine Lösung zu finden, um die Schuldenlast zu verringern, um keine „Strafe“ aus Brüssel zu bekommen.

Um so mehr ist man erstaut, dass die deutschen Bischöfe keinen guten Ratschlag bereit haben, um unserem Bundestag zu helfen. Sonst waren die Bischöfe in letzter Zeit keineswegs zimperlich, sich in die Beschlussfindung des Bundestages einzumischen. Es sei nur an den § 218 Abtreibungsgesetz und die Neugründung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken „Donum vitae“ erinnert. Bischof Dyba aus Fulda sagte damals sinngemäß: das vom Bundestag beschlossene Gesetz § 218 neu und „Donum vitae“ (Geschenk des Lebens) müsste eigentlich „Donum mortis“ (Geschenk des Todes) heißen!! Eine Beleidigung unseres obersten Bundesgesetzgebers. Und das ausgerechnet vom obersten, kirchlichen, vom Staat bezahlten „Truppenbetreuer“ unserer Bundeswehr.

Völlig unverständlich wird das Verhalten der Kirchen, wenn man weiß, dass sie das größte Vermögen in unserem Staat besitzen!

Richard Naumann

20. DFW-Seminar:

Der Beitrag Europas zur Zukunft der UNO

23.–25. Januar 2004 in der Franken-Akademie Schloss Schney bei Lichtenfels

Der Irak, ja der ganze Nahe Osten, kommt nicht zur Ruhe! Die nah-östliche Philosophie Aug’ um Auge, Zahn um Zahn ist offensichtlich unfähig zum Frieden. Die USA betreiben die Demontage der UNO und setzen auf Globalisierung sowie den sogenannten freien Welthandel. Welche Position bezieht Europa in dem weltweiten Ringen um eine gerechtere Weltordnung?

Kofi Annan hat in dem von Stephan Mögle-Stadel herausgegebenen Buch „UNvollendeter Weg“ seine Vorstellungen von einer friedlicheren Welt entwickelt. Er schließt dabei nahtlos an sein Vorbild Dag Hammarskjöld an und stimmt mit der europäischen Rechtsphilosophie von Kant und vielen anderen europäischen Philosophen überein. Ist das alte Europa mit seinem EU-Verfassungs-Entwurf dabei, eine neue Perspektive zu entwickeln für die friedliche Koexistenz von Kulturnationen in einem souveränen Staatenbund? Wird dieses Modell zur Stabilisierung der UNO und zur Entwicklung einer Weltrechtsordnung beitragen, die die Machtpolitik einzelner Staaten ablöst? Welche Rolle kann in diesem Kontext der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag spielen?

Diese Fragen menschlichen Zusammenlebens wollen wir offen und frei behandeln, um wieder Orientierung im allzu konfusen Alltag zu gewinnen. Der DFW veranstaltet daher gemeinsam mit den Deutschen Unitariern und dem Humanistischen Bildungswerk Bayern ein Seminar auf Schloss Schney. Auf dem Programm stehen unter anderem Vorträge von Dr. Volker Mueller: „Der ‘rote Faden’ – Bemerkungen zum 20. DFW-Seminar“, von Stephan Mögle-Stadel: „Von der Weltmacht zum Weltrecht“, von Dr. Boris Merhaut: „Gibt es eine gerechte Weltordnung?“ und von Horst Prem: „Europas Beitrag zur Zukunft der UNO“.

Dr. Volker Mueller ***Horst Prem***

pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.
Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513